

Datum: 19.05.2023

Claudia Schmidt
[REDACTED]
[REDACTED]

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, 05.05.2023

**Bürgerantrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
Thema: Ausbau L419**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

hiermit beantrage ich gemäß §24 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich beim Verkehrsministerium NRW sowie bei der Bezirksregierung Düsseldorf für einen Stopp der Ausstellung des Planfeststellungsbescheids einsetzt.

Begründung:

Der Ratsbeschluss für den Ausbau der L419 fußt auf Voraussetzungen, die nach aktuellem Stand deutlich negative Auswirkungen für Ronsdorf und die Stadt Wuppertal haben.

Durch den in Kürze angekündigten Planfeststellungsbescheid zum Ausbau der L419 durch die Bezirksregierung Düsseldorf droht Ronsdorf und Wuppertal ein Verkehrsprojekt, das in der derzeit geplanten Dimension nicht mehr zeitgemäß ist.

Aus verkehrspolitischer Sicht wird der Ausbau für mehr Verkehr und mehr Lärm sorgen, den Stadtteil abschneiden und keine langfristigen Verbesserungen für Menschen mit und ohne Auto bringen. Anstelle einer Verkehrsentlastung für Ronsdorf – die laut Straßen.NRW ein Ziel des Ausbaus ist – wird es mehr innerörtlichen Verkehr geben. Der überörtliche Kraftverkehr wird hier über alle anderen Verkehrsteilnehmenden (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger*innen, langsam fahrende Fahrzeuge) gestellt, die dadurch klar benachteiligt werden.

Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss.

Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist.

Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren Hektar Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – kommen erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu, sobald die Zuständigkeit der Brücke vom Land an die Kommune fällt (nach dem Umbau der L419).

Das alles sollte Grund genug sein, den damals gefällten Ratsbeschluss zu überdenken, diesen aufzuheben und sich für eine Neu-Bewertung der Sachlage zum Ausbau der L419 und eine zukunftsfähige Mobilität stark zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christa Salzmann'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.